

Die neuen EU-Mitglieder haben kein Interesse an „Multikulti“

Süddeutsche Zeitung,
27. Nov. 2007, Seite 5

Brüssel hat 27 000 Bürger befragt

Von Stefanie Bolzen

BERLIN - Je weiter östlich, desto weniger „multikulti“. So vereinfacht könnte man das Ergebnis eines neuen Eurobarometers darstellen, das die EU-Kommission jetzt herausgegeben hat und für das Meinungsforscher im November in allen 27 Mitgliedsstaaten mehr als 27 000 Bürger befragt hatten.

Brüssel, das 2008 zum „Jahr des interkulturellen Dialogs“ erklärt hat, wollte wissen, wie divers das Umfeld der Europäer ist. Während in den alten EU-Staaten - zuvorderst in Luxemburg, Irland und Großbritannien - der Umgang mit Personen eines anderen kulturellen Hintergrunds Alltag ist, sieht dieser im Osten wesentlich „monotoner“ aus. So haben etwa in Estland und Rumänien deutlich weniger als 50 Prozent der Bürger regelmäßig „interkulturelle“ Kontakte.

Was man nicht kennt, das will man auch nicht - diese Lebenshaltung bestätigt die Eurobarometer-Frage danach, ob Menschen aus anderen Kulturen die eigene Gesellschaft bereichern. In Estland meinen das nur acht, in Polen elf Prozent; der EU-Durchschnitt liegt bei 23 Prozent. In Deutschland sind mehr als ein Viertel der Befragten dieser Meinung.

Doch nicht nur im Osten der EU sehen die Bürger die multikulturelle Gesellschaft kritisch. So sagen 25 Prozent der Briten zwar, dass sie sich durch Menschen anderer Kulturen bereichert fühlen - doch zugleich halten dies 13 Prozent für absolut keine Bereicherung. Dass damit Großbritannien einen der

höchsten „Negativwerte“ verzeichnet, ist wahrscheinlich auf die Terroranschläge islamistischer Extremisten in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Auch die Italiener äußern sich ähnlich kritisch wie die Briten, was an der wachsenden Kriminalität von Einwanderern aus Osteuropa liegen könnte. Ähnlich sieht es in den Niederlanden aus, wo trotz traditionell großer Toleranz 18 Prozent gegen „Multikulti“ sind.

Mehr als die Hälfte der Europäer (55 Prozent) machte in der Umfrage klar, dass sie sehr wohl Sympathien für eine kulturell diverse Gesellschaft haben, zugleich aber die eigenen Werte und Traditionen bewahrt wissen wollen. So sprechen sich 56 Prozent der Deutschen für eine Balance dieser beiden Gesellschaftsformen aus; zwölf Prozent sind gegen kulturelle Vielfalt, 28 favorisieren eine weltoffene Haltung.

Auch hier ist im Osten der EU die Verschlossenheit gegenüber dem anderen verbreiteter als in den alten Ländern. So bekannten sich in Bulgarien nur drei Prozent der Befragten zu weltoffenen Prinzipien, während sich 27 Prozent gegen kulturelle Diversität aussprachen.

Brüssel muss sich trotzdem keine Sorgen um Europas „diversifizierte“ Zukunft machen. Es sind vor allem die jungen und gebildeten Europäer, die eine multikulturelle Gesellschaft unterstützen. Drei Viertel der unter 25-Jährigen teilen die Meinung, dass der Kontakt zu Menschen aus anderen Kulturen positiv ist. Zugleich aber ist diese Generation auch konservativ: 67 Prozent denken, dass auch (Familien-)Traditionen erhalten bleiben müssen.

„Nationale Interessen nichts Unrechtes“

Berlin - Die deutsche Außenpolitik muss nach Ansicht des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle „gleichermaßen interessegeleitet und werteorientiert sein“. In einem Grundsatzartikel für die Dezember-Ausgabe der Vierteljahresschrift *liberal* schreibt Westerwelle: „Nationale Interessen sind nichts Unanständiges. Nationale Interessen sind vielmehr eine nötige und natürliche Leitlinie.“ Der FDP-Chef plädiert für eine „vorsorgende Außenpolitik“, die Krisen eindämme, bei Naturkatastrophen humanitär helfe und bedrohte Gesellschaften stabilisiere. Auch Entwicklungshilfe diene eigenen Interessen. Deshalb sollte das Entwicklungsministerium in das Auswärtige Amt eingegliedert werden.

Mit dem Text will Westerwelle außenpolitische Kompetenz dokumentieren. In früheren Bundesregierungen hat die FDP traditionell den Außenminister gestellt. Dieses Amt würde Westerwelle anstreben, wenn die Liberalen nach der nächsten Bundestagswahl in einer Koalition wieder regieren könnten.

Westerwelle fordert, Deutschland solle sich gemeinsam mit seinen Partnern in der Europäischen Union und mit den Vereinigten Staaten den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Wichtig sei dabei, die Einheit des „Westens“ zu wahren. „Für mich ist der ‚Westen‘ keine geographische Kategorie, sondern eine kulturelle Wertegemeinschaft“, schreibt der FDP-Chef. Nur gemeinsam könne der Westen „den ganz großen Herausforderungen wie dem religiösen Fundamentalismus begegnen“. Dazu müsse sich allerdings Washington „vom militärischen Interventionismus der Neokonservativen und zugleich vom Hang zum Protektionismus vieler Linker“ verabschieden.

Klare Ablehnung

Demokratie und Menschenrechte gehörten zum unveräußerlichen Kern westlicher Werte, erklärt Westerwelle weiter. Deshalb müsse man Regimen, die Bürger steinigten und Mädchen Bildung verweigerten, die Gefangene folterten oder Terror exportierten, mit klarer Ablehnung entgegentreten. Dabei müsse „stets und auf allen Ebenen“ unzweideutig benannt werden, wo die Kritik des Westens ansetze. „Wer hier ehrlich auftritt, gewinnt mehr Glaubwürdigkeit als jener, der leisetritt und Deutschland im Ausland nur als oberster Handelsvertreter repräsentiert.“ Schließlich fordert Westerwelle eine angemessene Vertretung Deutschlands in den internationalen Organisationen. So zahle Deutschland knapp zehn Prozent der Kosten des UN-Sekretariats, stelle aber nur fünf Prozent des Personals.

Peter Blechschmidt

Die Welt, 5. Dez. 2007, S. 4

Sind Sie für einen Dialog der Kulturen?

